

Europa plant Verbot von russischem Öl und Gas im Ukraine-Konflikt

Die EU plant ein schrittweises Verbot russischer Öl- und Gasimporte, um die Abhängigkeit von Moskau zu beenden. Diese Maßnahme kommt im Zuge des anhaltenden Ukraine-Kriegs.



Die Europäische Union rückt näher an ein vollständiges Importverbot für russisches Öl und Erdgas, mehr als drei Jahre nach dem unprovokierten, umfassenden Überfall Moskaus auf die Ukraine.

Neue Vorschläge der EU-Kommission

Die Europäische Kommission, die Exekutive der EU, hat am Dienstag einen legislativen Vorschlag unterbreitet, der den schrittweisen Ausstieg aus den Käufen von russischem Erdgas

vorsieht – sowohl über Pipelines als auch in Form von verflüssigtem Erdgas (LNG) auf Tankern. Dem Plan zufolge werden ab dem kommenden Jahr keine neuen Importverträge mehr erlaubt sein, während die Importe im Rahmen bestehender kurzfristiger Verträge für die meisten EU-Mitgliedstaaten in einem Jahr eingestellt werden müssen. Käufe im Rahmen langfristiger Verträge sollen bis Ende 2027 verboten werden.

Reaktion der EU-Kommission

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, bemerkte in einer Erklärung: „Russland hat wiederholt versucht, uns zu erpressen, indem es seine Energielieferungen als Waffe einsetzt. Wir haben klare Schritte unternommen, um den Hahn zuzudrehen und das Zeitalter der russischen fossilen Brennstoffe in Europa endgültig zu beenden.“

Auswirkungen auf die LNG-Dienste

Der Vorschlag beinhaltet auch ein Verbot, dass von Russland kontrollierte Unternehmen langfristige Verträge für die LNG-Terminaldienste der EU unterzeichnen dürfen, um sicherzustellen, dass die „Terminalkapazität alternative Lieferanten zugewiesen werden kann.“

Ölimporte und geplante Maßnahmen

In Bezug auf Ölimporte schlug die Kommission vor, dass die Mitgliedstaaten, die weiterhin russisches Öl importieren, Pläne erstellen müssen, um diese Lieferungen bis Ende 2027 schrittweise auszusetzen. Zum Beispiel importierten Ungarn und die Slowakei im letzten Jahr noch russisches Rohöl über Pipeline, gemäß einer Analyse des Zentrums für Forschung zu Energie und sauberer Luft.

Das REPowerEU-Plan

Der Vorschlag konkretisiert den „REPowerEU“-Plan der EU, der im Mai 2022 ins Leben gerufen wurde, um die Abhängigkeit des Blocks von russischer Energie zu verringern. Ungarn und die Slowakei, zwei EU-Länder mit freundlicheren Regierungen zu Russland, haben zuvor gedroht, neue Sanktionsrunden gegen Russland zu blockieren. Obwohl sie letztendlich zugestimmt haben, hat die Europäische Kommission Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass sie den neuesten Plan nicht blockieren können, indem sie Handels- und Energievorschriften als Grundlage für den Vorschlag nutzt.

Bedingungen für die Genehmigung

Die neuen Einschränkungen werden Gesetz, wenn sie mit einer „qualifizierten Mehrheit“ genehmigt werden, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten, die mindestens 65% der Bevölkerung des Blocks repräsentieren, zustimmen müssen. Hätte der Plan im Rahmen der EU-Sanktionsregeln vorgeschlagen werden müssen, hätte er die einstimmige Zustimmung aller Mitgliedstaaten erfordert.

Neue Sanktionen gegen Russland

Die EU hat ihre Importe russischer Energie drastisch reduziert, nachdem Moskau Anfang 2022 in die Ukraine einmarschiert ist. Laut offiziellen EU-Daten fiel der Anteil Russlands an den Gesamteinfuhren von Erdgas des Blocks im letzten Jahr auf 19%, von 45% im Jahr 2021. Gleichzeitig machte Moskau nur 3% der gesamten Öleinfuhren der EU im Jahr 2024 aus, im Vergleich zu 27% zu Beginn des Jahres 2022.

Letzte Maßnahmen zur Eindämmung

In der vergangenen Woche enthüllte die EU ein neues **Sanktionspaket** gegen Russland – das 18. seit dem Überfall Moskaus – das darauf abzielt, die Fähigkeit des Kremls, aus seiner Öl- und Gasproduktion Geld zu verdienen, weiter zu

verringern. Von der Leyen erklärte, die Sanktionen seien notwendig, „weil Stärke die einzige Sprache ist, die Russland verstehen wird.“

Inhalt des neuen Sanktionspakets

Die vorgeschlagenen Sanktionen beinhalten eine Senkung des Preisobergrenze für russische **Ölexporte von 60 auf 45** Dollar pro Barrel sowie ein vollständiges Transaktionsverbot für russische Banken und andere Finanzinstitutionen in Drittländern, die Russland helfen, bestehende westliche Sanktionen zu umgehen. Das neue Paket muss von allen 27 Mitgliedstaaten der EU genehmigt werden, was aufgrund der Bedenken, die zuvor von einigen EU-Ländern wie Ungarn und der Slowakei geäußert wurden, kompliziert sein könnte.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at